



Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Verwaltung, liebe Ratsmitglieder,
liebes Publikum, liebe Pressevertreter,

Früher war alles gut,

heute ist alles besser.

Es wäre besser,

wenn wieder alles gut wäre!

Mit diesem Zitat von Heinz Erhardt möchte ich meine Haushaltsrede beginnen und auf drei aktuelle Probleme hinweisen, die für unsere Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahren deutlich sichtbar werden.

Wir als CDU haben in den vergangenen Jahrzehnten immer darauf geachtet, dass die Haushalte solide finanziert wurden.

Ich will hier nichts schönreden und auch nichts populistisch oder unangemessen darstellen.

Klarheit und Wahrheit müssen diese Haushaltsdebatte 2023 bestimmen.

Der deutlich erkennbare Schuldenzuwachs bis 2026 ist dramatisch und besorgniserregend, auch wenn die avisierte Höhe von rund 60 Mio. € wahrscheinlich nicht zu erwarten ist!

Aber bereits 30 oder 50 Mio. € Schulden wären fatal, allerdings und bedauerlicherweise ist dieser Betrag nicht mehr unrealistisch!

Hinzu kommen die „versteckten“ bzw. zurzeit noch „isolierten“ Covid-Corona- und Ukraine-Krieg-Kosten bzw. Schulden, bei denen wir jedoch noch auf Bundes- und Landeshilfen hoffen dürfen.

Aber Gewissheit auf Hilfszusagen besteht hierbei nicht. Daher wollen wir nicht blauäugig sein, sondern realistisch die Problemstellungen angehen, denn Hoffnung ist „ein Ding mit Federn“, wie wir aus dem Buch der Fernsehserie von M. Lichtwarck-Aschoff wissen. Und das, also Hoffnung, darf keine Grundlage für einen gesunden und soliden Haushaltsentwurf sein.

Dieser Schuldenanstieg führt – auch infolge der steigenden Zinsen – zu einem weiteren Problempunkt, den man bislang in Gänze nicht abschätzen kann. Denn heute noch mit Zinsen in Höhe von 1 % zu planen, wo bereits 3% und mehr zurzeit realistische Forderungen der Banken sind, darf zwar rechtlich in Ordnung sein, muss in Wahrheit aber als leichtfertig oder besser noch „als unrealistisch“ bezeichnet werden.



Wir reden bei realistischer Einschätzung, ohne schwarz zu malen, von einer zu erwartenden Verdreifachung der Lasten und es macht schon einen erheblichen Unterschied, ob ich 10.000 oder 30.000 € Zinsen pro 1 Mio. € Schulden, zurückzahlen muss.

Beides, das Anwachsen der Schulden sowie der Zinsanstieg, führen für uns zu noch nie dagewesenen Haushaltsbelastungen, die jede Gestaltungsmöglichkeit, um es freundlich zu formulieren, begrenzen oder sogar nehmen.

Und ein dritter Punkt verschärft die Probleme noch tiefgreifender, und das ist die Liquiditätsfrage oder um es sehr vereinfacht darzustellen: „Wer nicht zahlen kann, ist pleite!“

Wir sind bei weitem noch nicht an diesem Punkt, aber die eben angesprochenen Tatsachen, verschärfen die Liquiditätsfrage mit jedem weiteren Anstieg der Ausgaben.

Daher sollte für jedermann klar sein, dass Verteilungswünsche nicht mehr zeitgemäß sind, denn eher dürfte „Schmalhans unser Küchenmeister“ werden.

Hier wären unserer Meinung nach, klarere Worte seitens der Bürgermeisterin in Ihrer Haushaltsrede angebracht gewesen, wobei wir zugestehen, dass unsere Bürgermeisterin die Problemstellung sehr wohl angesprochen hat, nur eben, nach Meinung der CDU, nicht in der gebotenen Klarheit.

Die CDU will den Haushalt nicht ablehnen, wir wollen auch nicht dramatisieren, aber wir fordern:

- dass die Bürgermeisterin und die Verwaltung zukünftig einige handwerklichen Fehler im Haushalt korrigiert

und

- dass die Bürgermeisterin und die Verwaltung hier und heute verbindliche Zusagen machen, sofort und sukzessive die Problemstellungen „Ausgaben und Einnahmen“ auf den Prüfstand zu stellen

und

- zwar Punkt für Punkt und ohne jedes Tabu

und weiterhin

- dass die Bürgermeisterin und die Verwaltung vierteljährlich ausführlich berichten, wie es um die Finanzen steht und notwendige Lösungsvorschläge nennt

und

- für jeden Fall, dass die Bürgermeisterin es für erforderlich hält, schlagen wir die Einführung eines gemeinsamen Arbeitskreises vor, mit dem Probleme frühzeitig besprochen werden können.



Aber sinnvoll sollten mögliche Lösungsansätze schon sein und nicht, wie im Haupt- und Finanzausschuss von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert:

Zum Beispiel ...

- Die Zuschüsse für das Gymnasium St. Ursula zu streichen!

oder

- Die Gebührenordnung über die Erhebung von Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten für Kinder in Tageseinrichtungen für „besserverdienende“ Eltern noch weiter anzuheben!

oder

- Die Ortsvorsteher abzuschaffen und den Stadtrat zu verkleinern!

Alle diese Forderungen sind ausnahmslos populistisch und bilden keine Grundlage für eine langfristige sowie bürgernahe Kommunalpolitik.

Denn diese Anträge gehen z.B. zu Lasten unserer Schülerinnen und Schüler und könnten das vielfältige Angebot der Schulstadt Geilenkirchen gefährden.

Oder das Beispiel mit den „besserverdienende“ Eltern, die schon heute bis zu 650 € für einen Kita-Platz zahlen. Wenn sich diese Eltern zusammenschließen und in eigener Zuständigkeit eine für sie preisgünstigere Kinderbetreuung organisieren, dann könnte ich das nachvollziehen.

Oder eine Verkleinerung des Stadtrates, das würde auch die „kleineren“ Parteien benachteiligen und die bestehende Meinungsvielfalt im Stadtrat schmälern. Dabei hat die gleiche Fraktion noch vor nicht ganz einem halben Jahr die Einführung eines Jugendparlamentes für die Stadt Geilenkirchen beantragt.

Oder der Wegfall der Ortsvorsteher würde die Bürgermeisterin noch mehr in Anspruch nehmen und dabei geht es nicht nur, wie vom Bündnis 90/Die Grünen vorgetragen, um die Namensgebung einer neuen Straße, sondern um neutrale Hilfestellungen vielfältiger Art in den einzelnen Orten.

In diesem Zusammenhang habe ich vor kurzem einen interessanten Artikel über „Kaizen“ in der „Wirtschaftswoche“ gelesen.

Für alle, die den Begriff „Kaizen“ noch nicht kennen, möchte ich kurz erklären, dass der Begriff auf einer Philosophie der ewigen Veränderung beruht. Das Konzept besteht darin, so wird in dem besagten Artikel beschrieben, u.a. in einer Verwaltung einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Gang zu halten und durch diese Verbesserungen Geld zu sparen.

Daher möchte ich Sie, Frau Bürgermeisterin, bitten, einmal nach Kommunen ähnlicher Größe wie Geilenkirchen in Nordrhein-Westfalen oder Deutschland zu suchen, die bereits heute „kaizen“ und dort nach den Erfahrungen zu fragen, die man mit dem „Kaizen-Prozess“ gemacht hat.



Den Wirtschaftswochenartikel hierzu sende ich Ihnen gerne zu, Frau Bürgermeisterin!

Die CDU ist sich sicher, dass in diesen Prozessoptimierungsprozessen eine große Chance für unsere Stadt liegt, Haushaltsmittel zu sparen und besser zu werden, denn eine Kernaussage in diesem Wirtschaftswochenbericht lautet: „Kaizen muss zur Haltung werden, damit Menschen mehr Effizienz suchen!“

Manchmal muss man erst den falschen Weg gehen, um den Richtigen zu finden!

Denn ich habe in meiner Haushaltsrede 2021 gefordert, dass die Entwicklungsgesellschaft der Stadt Geilenkirchen – dabei geht es um die Schaffung von „Bauland“ – abgeschafft werden müsste und die Verwaltung die Baugrundstücke wieder selbstständig vermarkten sollte.

Damals wurde die CDU von dem Gedanken getrieben, dass dadurch wieder mehr Geld im Stadtsäckel bleiben würde.

Aber auf Grund der sich schon schnell abzeichnenden schwierigen Haushaltslage hat die CDU erkannt, dass diese Forderung ein Fehler war.

Trotzdem wurde dann vom Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag formuliert, der die Beendigung der ESG besiegeln sollte. Diesem Antrag wurde dann auch, in der Ratssitzung am 30.06.2021 – gegen die Stimmen der CDU – zugestimmt.

Doch ein Blick auf unsere „schwierige“ Haushaltslage in Verbindung mit der Tatsache, dass Geilenkirchen endlich wieder Bauland bereitstellen muss, kann ich nur feststellen, dass wir wieder eine ESG benötigen.

Geilenkirchen steht im Kreis Heinsberg an vorletzter Stelle, wenn es um Baulandentwicklung geht. Wir verschlafen unsere Zukunft und knebeln uns selbst, indem wir die ESG in der aktuellen Situation immer noch abschaffen wollen.

Jetzt könnte man auf den Gedanken kommen, die 30%-Anteile der Kreissparkasse abzukaufen, um in einer ausgelagerten Gesellschaft alleine zu entscheiden und zu verdienen. Aber auch das wäre ein falscher Weg!

Denn dadurch muss man neues fachkundiges Personal einstellen, bei der Vergabe von Aufträgen wäre die Gesellschaft wieder an formales Vergaberecht gebunden, das einzubringende Kapital einer GmbH muss die Stadt aus dem laufenden Haushalt bereitstellen und die ganzen anderen Vorteile durch die Beteiligung der Kreissparkasse fallen dadurch weg.

Natürlich sollten Rat und Verwaltung die Möglichkeit der Einflussnahme auf jegliches Handeln der Entwicklungsgesellschaft in Zukunft mehr in den Vordergrund rücken und das durch ...

- Änderung der Geschäftsanteile zugunsten der Stadt
- Änderung des Gesellschaftszwecks (Wohnbauentwicklung inkl. Nachverdichtung und Innenentwicklung)



- ggfls. durch eine neue Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat
- mehr Einflussnahme im Aufsichtsrat (sowohl durch die gewählten Aufsichtsratsmitglieder des Stadtrates als auch durch die Gesellschafterin)
- stärkere Einflussnahme durch den verwaltungsangehörigen Geschäftsführer
- Verbesserung der Außendarstellung der Entwicklungsgesellschaft mit größerem Schwerpunkt auf die Stadt Geilenkirchen

Und wenn ich richtig informiert bin, spült die ESG jährlich 500.000 bis 1 Mio. € ins Stadtsäckel, wenn dann auch endlich wieder eine Vermarktung von Bauland stattfindet.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte sollte die Liquidation der Gesellschaft derzeit nicht weiter betrieben werden und die Möglichkeit des Fortbestands der ESG geprüft werden.

Um diese Forderung zu unterstreichen, möchte ich hier und heute den entsprechenden Antrag, den die CDU bereits vorbereitet hat, Ihnen Frau Bürgermeisterin übergeben!

Zum Ende meiner Haushaltsrede möchte ich die Anwesenden und besonders die Presse bitten, noch einmal ganz genau zuzuhören, denn ich möchte noch auf ein ganz besonderes Thema eingehen oder besser gesagt, klarstellen:

Den Ordnungs- und Sicherheitsdienst oder wie die Stadt Geilenkirchen es nun – wie in vielen anderen Kommunen auch – nennt, KOD, den Kommunalen Ordnungsdienst!

Die Bürgerliste, die FDP und die CDU haben im letzten Jahr die Einführung eines Ordnungs- und Sicherheitsdienstes in Geilenkirchen beantragt und diesem Antrag zugestimmt.

Jetzt müssen wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit hören, dass dieser Kommunale Ordnungsdienst überflüssig und durch die Erhöhung der Grundsteuer B finanziert wurde bzw. wird.

Geduld hat bekanntlich ein Zeitfenster,

denn diese Behauptungen sind einfach nur falsch!

Zuerst möchte ich einmal feststellen, Steuern sind allgemeine Erhebungen und eine konkrete Zuordnung ist daher nicht zulässig.

Aber um die Steuerhöhungen für das Jahr 2022 richtig zu erklären, muss man wissen, dass die Verwaltung im Haushalt 2022 die Straßenreinigungsgebühren vergessen hatte. Dieses Versäumnis möchte ich niemanden vorwerfen, denn wo gearbeitet und geplant wird, können auch Fehler passieren.



Aber die 250.000 € die für den Kommunalen Ordnungsdienst notwendig sind, wurden durch die Anhebung der Gewerbesteuern von 418 auf 430 Hebesatzpunkte „gegengerechnet“ oder wie es im Volksmund heißt: „Finanziert!“

Das bedeutet, dass sowohl die Bürgermeisterin in ihrer Haushaltsrede, die Finanzierung falsch erklärte, als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die dies allerdings ständig und bei jeder sich bietenden Gelegenheit, bewusst oder unwissend falsch vorträgt.

Ein Schelm, der Böses ...

Nächste falsche Folgerung, diese 250.000 € würden den Haushalt der Stadt erheblich belasten!

Die Personalkosten der Stadt Geilenkirchen betragen im Jahr 2023 ca. 21,78 Mio. € und davon sind lediglich 1,15 % für den Kommunalen Ordnungsdienst. Und wer jetzt immer noch behauptet, dass ein Anteil von 250.000 € die Personalkosten untragbar oder unverhältnismäßig sind, der sollte sich noch einmal mit dem klassischen Dreisatz- bzw. dem Prozentrechnen beschäftigen.

Ich möchte es aber noch deutlicher formulieren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wollten und wollen bis zuletzt den Kommunalen Ordnungsdienst verhindern oder wieder abschaffen und das kann nicht im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger in Geilenkirchen sein.

Wer nach den „Erfolgen“, den der Kommunalen Ordnungsdienst bereits in den ersten Wochen, nachdem der Dienst aufgenommen wurde, erzielt hat, immer noch von überflüssig und zu kostspielig redet, lebt im „grünen Geilenkirchener Märchenwald“ und nicht in der Realität des Jahres 2023.

Ich fordere daher, dass die Verwaltung endlich den zweiten zusätzlichen eingeplanten Mitarbeiter für den Kommunalen Ordnungsdienst einstellt, damit es in Geilenkirchen noch etwas sicherer werden kann!

Daher möchte ich mit meinem Anfangszitat auch wieder enden:

Früher war alles gut,

heute ist alles besser.

Es wäre besser,

wenn wieder alles gut wäre!